

Sorgen wegen Schrott im All

Zu: „Asterix gegen SpaceX“, FR-Magazin vom 9. März

Unglaublich, dass eine Privatperson unkontrolliert etwas ins All schießen darf. Unwahrscheinlich, dass sich der „reichste Mann der Welt“ künftig um den von ihm produzierten Weltallschrott kümmern wird. Abgesehen von der Lichtverschmutzung wird mal wieder die Allgemeinheit, nachdem die Gewinne privat abgeschöpft wurden, künftig für die Entsorgung und etwaige Schäden geradestehen müssen.

Dieter Schmitt, Hanau

Nichts gelernt aus 2008

Greensill-Bank: „Kommunaler Albtraum“, FR-Wirtschaft vom 10. März

Endlich hat sie wieder ein Gesicht, die menschliche Gier. Um Strafzinsen zu vermeiden, und noch ein einziges Prozent zu erwirtschaften, werden öffentliche Gelder in zweistelligen Millionenhöhe bei einer zweitklassigen Bank geparkt.

Haben denn die Verantwortlichen nichts aus 2008 gelernt? Lehman und andere gingen in die Insolvenz, und selbst deutsche Großbanken überlebten nur dank üppiger Staatshilfen. Der Versuch, das Problem der Bafin in die Schuhe zuschieben, ist ebenso hilflos wie peinlich.

Konsequenzen müssen die Entscheider leider auch nicht fürchten.

Ulrich Grein, Bad Vilbel

Einmal arm, immer arm

Zu: „Die Mär vom demokratischen Virus“, FR-Politik vom 11. März

Jahrzehntelange lineare Lohnerhöhungen: Wer eh zu wenig hat zum Leben, bekommt besonders wenig. Wer mehr als genug hat, dem wird heftig gegeben. Der progressive Verlauf der Einkommenssteuer ändert daran prinzipiell nichts. Dies und die real existierende Mietpreisentwicklung führt folgerichtig zu einer Verhärtung und Ausweitung der Armutsfalle („Einmal arm, immer arm“). Der Staat ist hier via Tarifhoheit der Tarifpartner machtlos. Allein die Gewerkschaften sind aufgerufen und potent: In zukünftigen Tarifierhöhungen sollte das Erhöhungsvolumen zur einen Hälfte als Sockelbetrag und zur anderen Hälfte als Linearerhöhung vereinbart werden, und das auf Dauer! Die Belastung der Arbeitgeber bliebe gleich. Die Nimmersatten wären dabei nach wie vor besser gestellt.

Etwas mehr Interesse am sozialen Wohlergehen der „kleinen Leute“ stünde den Verhandlungsführern der Gewerkschaften nun wirklich gut an!

Rudolf Dörr, Schwabach

Gewisse Volksvertreter dienen wohl nicht mehr dem Volk

Maskenaffäre: „Harter Stoff“ und „Die CDU kämpft um ihre Reputation“, FR-Titel vom 9. und 12. März, sowie „Die Spitze des Eisbergs“, FR-Forum vom 10. März

CDU und CSU in passender Schlagzeile

Wie schon die Leserin Gisela Wilken schreibt, wird das bei diesen Parteien erst die Spitze des Eisbergs sein. Der gesamte Wirtschaftsflügel gehört schon lange unter die Lupe genommen. Es ist nur logisch, dass von dort aus versucht wird, das Kanzleramt zu ergattern. Ein Millionär mit eigenem Flugzeug, stark verbandelt mit einem amerikanischen Finanzhai, steht in den Startlöchern.

Hier gehören dringend die Vermögensverhältnisse offengelegt damit die Wählerinnen und Wähler sich ein Bild davon machen können, wer die Steuergelder verschleudert oder veruntreut und ihnen aus der Tasche zieht. Und noch nebenbei erwähnt müsste so mancher Minister des Meineides angeklagt werden denn der erste Satz der Eidesformel fängt an: „Ich schwöre ...“ Was danach erwähnt wird, interessiert die Herren nach Erhalt der Urkunde nicht mehr.

Emil Jacob, Poppenhausen

Elfte Gebot: „Du sollst Dich nicht erwischen lassen“

Da entrüsten sich CDU-Granden (z.B. Herr Brinkmann, Herr Baldauf, Herr Laschet usw.) und natürlich Vertreter der Opposition höchst moralisch und fernschwirksam über Provisionszahlungen an die CDU-Bundestagsabgeordneten Nüssel und Löbel in einer solchen Höhe, dass Otto Normalverbraucher überlegen würde, ob er sich nun aufs Altenteil zurückziehen könne. Und tatsächlich: Nüssel und Löbel ziehen sich zurück, zusammen mit der Abgeordneten pension dürfte es ja reichen.

Wer glaubt diesen Entrüstungstropfempetern eigentlich noch? Wir Wähler haben doch längst gemerkt, dass es zwischen Politik und wirtschaftlichen Interessen unzählige, geld-



Mundnasenschutz war 2020 rar. Abgeordnete haben sich wohl am Mangel bereichert – mit Auswirkung auf die Wahlen. MICHAEL SCHICK

werte Schmierstellen gibt. Welche Partei trübt denn die beabsichtigte Durchsichtigkeit der geplanten Lobbyistenlisten? Wer verschleierte seit Jahr und Tag die Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Abgeordneten? Welcher Exkanzler hat die Namen von Großspendern gesetzeswidrig mit ins Grab genommen? Zuvörderst Parteimitglieder der CDU (ehrlich gesagt: nicht nur).

Die öffentliche Verurteilung des Mitverdienens an der Pandemie dürfte also hauptsächlich der Angst geschuldet sein, dass noch weitere Parlamentarier(innen) gegen das elfte Gebot verstoßen würden, das da lautet: „Du sollst Dich nicht erwischen lassen“.

Rolf Blee, Langen

Das Hohe Haus braucht einen Umbruch

Wer erinnert sich an den Fußballspieler Sami Khedira, als er sich mit seiner Berufung in die deutsche Nationalmannschaft – mit eigenen Worten – geehrt fühlte? Stolz klang heraus. Und wir Staatsbürger bezahlen einen um mindestens 43 Prozent personell überfüllten Bundestag mit über 700 Personen. Man sollte meinen, dass diese von uns gewählten Volkstribunen ihre Aufgabe ebenfalls mit Stolz, Achtung und auch Respekt gegenüber dem Land ausüben.

Die Häufung von Einzelfällen, die offensichtlich nicht in der Lage sind, sich der dienenden Aufgabe anzunehmen, erschreckt

uns. Die nun vermehrt aufgedeckten Ausreißer – Dunkelziffern nicht auszuschließen – sollten für alle Parteien jetzt den endgültigen Anstoß geben, den Bundestag auf die angemessene Größe von rund 400 Abgeordneten zu begrenzen. Hinterbänkler wie die Aufgeflogenen würden den Staat nicht mehr belasten. Und alle Parteiführenden wären wahrscheinlich künftig weitgehend vom Schmerz des sich lästigen Entschuldigens befreit. Ob wohl im hohen Haus endlich ein Aufbruch, eher Umbruch, zu erwarten ist? Gottfried Ahrendt, Frankfurt

Wer die Wahrheit nicht sagen will, hat was zu verbergen

Die FR stellte auf der Titelseite (!!) die rhetorische Frage: „Wie verfilzt sind CDU/CSU mit der Wirtschaft?“ Drei Tage später wieder auf der Titelseite (nicht mehr rhetorisch): „Die CDU kämpft um ihre Reputation“. Was will uns die FR damit sagen? Dass die CDU/CSU um ihre Reputation, mit der Wirtschaft verfilzt zu sein, bangen muss? Oder es gebe viele Abgeordnete der CDU/CSU, die nicht „verfilzt“ sind? Dieser Meinung scheint Herr Irmer (FR 9.3.21, S. 3) zu sein. Es sei Rufmord, wenn man ihm ähnliche Verflechtungen vorwerfe. Aber seit Jahrzehnten blockieren alle CDU/CSU-Abgeordnete die Einführung eines transparenten Lobbyregisters. Und wollen auch nicht ihre Nebeneinkünfte preisgeben, schon gar nicht bis zur letzten D-Mark (so alt ist die Debatte!). Warum nicht? Die Oma würde behaupten: Einer, der ablehnt, die Wahrheit zu sagen, hat was zu verbergen. Oder Friedrich Nietzsche: „Der Wahrheit dienen wenige in Wahrheit, weil nur wenige den reinen Willen haben, gerecht zu sein, und selbst von diesen wieder die wenigsten die Kraft, gerecht sein zu können.“

Heimo Posamentier, Bad Soden a.T.

Diskussion: frblog.de/wahl21

Wieso sollte sich Jens Spahn um Gesundheit kümmern?

Lockerungen in der Pandemie: „Fünf Stufen und eine Notbremse“, FR-Politik vom 4. März

Was für ein erbärmliches Trauerspiel

Da redet die Politik seit Monaten voller Sorge, wie sehr die Familien und insbesondere die Kinder unter dem Lockdown leiden und wie wichtig die sozialen Kontakte und der Präsenzunterricht sind. Da wird schon von einem verlorenen Jahr oder gar einer verlorenen Generation geredet. Jetzt wird öffentlich, dass es Schnelltests in Massen gibt. Und die Schulen werden geöffnet, ohne dass getestet wird. Hatte man bisher noch Nachsicht beim „Impfversagen“, dies versteht niemand mehr.

Weshalb haben Bund und Länder nicht schon lange gemeinsam dafür gesorgt, dass so viele Tests gekauft und verteilt werden, um alle Schülerinnen und Schüler und das Lehrperso-

nal jeden Morgen testen zu können? Offensichtlich wäre es schon lange möglich gewesen, den Präsenzunterricht unter solchen Bedingungen für alle wieder beginnen zu lassen.

Jetzt werden nach den Abiturjahrgängen zunächst die unteren Klassen wieder in die Schulen gelassen, ohne Tests, aber mit „Hygieneregeln“ und Maskenpflicht im Unterricht. Was für ein Versagen in einem der reichsten Länder der Welt. Fürsorgeverantwortung gegenüber Schülerinnen und Schülern und den vielfach überalterten Kollegen? Fehlzanzeige.

Seit einem Jahr sitzen die Ministerpräsidenten mit Kanzlerin und Gesundheitsminister zusammen und sind nicht mal in der Lage, eine praktikable Öffnungsstrategie für die Schulen zu entwickeln. Minister Spahn fragt so-

gar: „Warum soll ich jetzt Tests beschaffen?“ Er verstehe „sowie-so nicht“, wieso sich „Bundesminister mit so was beschäftigen sollen.“ Ja, vielleicht weil er Gesundheitsminister ist und über ein ganzes Ministerium verfügt? Zumindest wäre es seine Aufgabe gewesen, dies mit den Ländern zu koordinieren. „Diese drücken sich vor ihrer Verantwortung“, sagt Spahn. Was für ein erbärmliches Trauerspiel. Währenddessen warten die Corona-Mutanten darauf loszulegen.

Heidger Brandt, Emkendorf

Aldi war schneller als die Bundesregierung

Vorab als „Europäer“: Mein herzliches Beileid zu der Situation, in der sich das Volk befindet, „regiert“ von einem Haufen zum Teil wohl desinteressierter „Fut-

tertopolitiker“. Nebenbei der Lacher schlechthin: Aldi war schneller als die Bundesregierung! Aber natürlich ist Aldi mit den Testkits schneller, als es die Bundesrepublik je sein wird. Aldi kennt sich nämlich aus mit Markt, Druck, Konkurrenz, Sättigung, Beschaffung und Distribution, welches allesamt Dinge sind, von denen die Bundesregierung wohl nicht den Funken einer Ahnung hat. Diese hat aber „Spitzen“-Berater, die Millionen Steuergelder kosten.

Würde man bei Aldi agieren, wie es die Bundesregierung bei Coronatestkits tut, würde bei Aldi sogar das Bier schlecht werden, bevor es beim Verbraucher ankommt. Diesen Vergleich habe ich bewusst gewählt, da Bier ein Artikel mit einem ziemlich weit in die Zukunft angesetztem Verfallsdatum ist. Gisbert Bastek, Weil a.